

ver.di

vau

**UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER**

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

Das passt:

Kombi-Referate bei SenFin



Seite 5

Senator Nußbaum gefordert

SenFin Zwanzig Neun

Senatsverwaltung plant Kombi-Referate für eigenes Haus



Der seit Mai dieses Jahres amtierende Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum hatte sich kurz nach seinem Amtsantritt in Berlin über die Arbeitsleistungen und die Organisationsform in den Berliner Finanzämtern sachkundig gemacht. Dabei wurde ihm das sog. Sechs-Schritte-Modell bis zur vollständigen Einführung des „Finanzamts 2010“ (Kombi-Sachgebiet) offensichtlich von den führenden Köpfen seiner Senatsverwaltung so überzeugend dargestellt, dass er flugs die Einführung von Kombi-Referaten für seine eigene Verwaltung verfügte.

Nach den der vau-Redaktion vorliegenden internen Anweisungen sind dabei zunächst die Abteilung ZS (Zentraler Service) mit der Abteilung III (Angelegenheiten der

Steuerverwaltung) zu kombinieren, unter Wegfall einer Staatssekretärsstelle sowie unter Einführung von Zwangsteilzeit für die jeweiligen Abteilungsleiter und ReferatsleiterInnen.

Folgende Kombi-Referate werden künftig tätig:

- Referat ProSt: Die Protokoll-Stelle stellt künftig die innere Dienstaufsicht dar. Unter Abschaffung von Datenschutzregelungen werden die innere Revision und das IT-Controlling der Steuerabteilung mit der Personalstelle und der Korruptionsbekämpfung aus dem Bereich ZS zusammengefasst. Das neu eingeführte Plump-Verfahren (Prozessleitungs- u. Management-Programm) soll die Geschäftsprozesse aller neu gebildeten Referate optimieren.
- Referat GruSeL: (Grundsatzfragen im Steuerrecht einschließlich Laufbahnrecht) verquickt auf elegante Weise steuerpolitische Grundsätze mit laufbahnrechtlichen Vorüberlegungen.

Es ist zu erwarten, dass das Stellenausschreibungs- und Besetzungsverfahren (Staub) kurzfristig neu strukturiert wird.

Die eigentlichen Steuerfachreferate der Abteilung III werden mit Teilen des Organisationsreferats ZS D (Organisations- und Personalentwicklung) fusioniert, um künftig bei Steuerrechtsänderungen sofort gezielte

Anpassungen im Personaleinsatz bei den Finanzämtern durchsetzen zu können. Die für die Übergangszeit eingeführte zentrale Anlaufstelle für Anfragen (zAstA) koordiniert die Arbeitszuweisungen für die Referate EWURSt (Ertrags-Wirtschafts-Umsatzsteuer-Regelungs-Stelle), wiLkÜR (wirtschaftlich initiierte Lenkungs-kommission für zu überwachende Regelungen), kNASt (kombinierte Nebenabgaben-Stelle, zuständig für Grunderwerbsteuer, Erbschaftsteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Zweitwohnungsteuer, Spielbankabgabe, Vergnügungssteuer und ehemaliges Reichsvermögen) und schließlich FaMOs, der Facility-Management-Organisations-service, der die Grund- und Vermögensteuerfachabteilung integrieren muss. Wegen der guten Buchstabenkombination wurde das AO-Referat mit dem Außendienstreferat zum Abgabenordnungsaußendienstservice (AAS) zusammengefasst.

Ein überarbeitetes Organigramm der Senatsverwaltung für Finanzen wird in Kürze im AIS veröffentlicht werden. Vorsorglich weist die Senatsverwaltung für Finanzen darauf hin, dass in der 32. Kalenderwoche eine telefonische Weitervermittlung von Anfragen nicht möglich ist. Steuerfachliche Auskünfte werden künftig mit Hinweisen auf vorhandene Fortbildungsmöglichkeiten sowie Beurteilungseinschätzungen des Anfragenden ergänzt.

Die vom Senator für Finanzen angeordnete Bearbeitung eingehender Anfragen bzw. Anträge innerhalb von drei Wochen wird einzuhalten sein. Um mit gutem Beispiel voranzugehen, haben alle Abteilungsleiter ein Qualitätsanspruchregelungs-Komitee, kurz Quark, gegründet und als erste Vereinbarung den Wechsel der Zuständigkeiten aller Abteilungsleiter und ReferatsleiterInnen in Sechs-Wochen-Intervallen beschlossen.

Ziel ist auch hier, durch Flexibilität dafür Sorge zu tragen, dass das vorhandene Personal jederzeit auf jeder Beschäftigungsposition im Bereich der Senatsverwaltung für Finanzen eingesetzt werden kann.

Herr Dr. Nußbaum hat übrigens auf Nachfrage eingeräumt, dass er weiteren Behördenumstrukturierungen mit Personaleinsparungseffekten grundsätzlich offen gegenüberstehe, aber eine Fusion „seiner“ Senatsverwaltung mit Abteilungen der Senatsinnenverwaltung zur Behörde für Landesregelungen des öffentlichen Dienstes (BLöD) derzeit nicht vorgesehen sei ...

Die vau sowie weitere Informationen und Links können Sie bei www.vau-online.de einsehen.

Wider besseres Wissen

Schlaglicht

In diesem Jahr streicht die Senatsverwaltung für Finanzen in den Berliner Finanzämtern weitere 83,5 Stellen. Bereits 2008 hatte sie 87 Stellen abgemeldet. Mit dem unverminderten Fortsetzen ihrer rigorosen Sparmaßnahmen hat SenFin die Arbeitssituation in den Finanzämtern weiter verschärft. Dabei ist dort die EOSS-Einführung längst noch nicht verkräftet und die von SenFin angeordnete Umorganisation zum Finanzamt 2010 steht unmittelbar bevor. Die Verantwortlichen verschließen aber die Augen vor den Realitäten. Ihnen geht es einzig und allein darum, dem noch von Senator Sarrazin gesetzten Ziel einer Stellenausstattung von 90 Prozent des PersBB-Ergebnisses ein weiteres Stück näher zu kommen. Dabei weiß SenFin selbst ganz genau, dass die Zahl von 90 Prozent nichts mit sachlichen Erwägungen und nichts mit den tatsächlichen Verhältnissen in den Finanzämtern zu tun hat.

Diese willkürliche Sparpolitik führt längst bei den Kolleginnen und Kollegen zum Arbeiten am Limit. Sie haben trotz steigender Belastungen,

trotz der EOSS-Einführung und trotz der laufenden Umstellung auf das Modell des Finanzamts 2010 ohne ein geeignetes Fortbildungskonzept gute Leistungen erbracht. Wertschätzung und Dank haben sie dafür von diesem Senat nicht erhalten.

Wenn SenFin nun glaubt, ihren Kurs ohne negative Folgen für die Gesundheit der Beschäftigten, aber auch ohne Auswirkungen auf die Steuereinnahmen unvermindert fortsetzen zu können, dann ist das ein folgenschwerer Irrtum. Die Krankenquote wird weiter steigen, Motivation und Arbeitsqualität werden weiter sinken, und eine Identifikation mit der eigenen Arbeit werden die Beschäftigten in den Berliner Finanzämtern nur noch als Geschichte aus der guten alten Zeit kennen.

ver.di wird eine solche Entwicklung nicht wortlos hinnehmen und unvermindert für eine Umkehr auf diesem Irrweg streiten.

Ihr Klaus-Dieter Gössel



Klaus-Dieter Gössel

Vorsitzender der
Fachkommission
Steuerverwaltung
ver.di Berlin



Beitrittserklärung

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin

Ich möchte Mitglied werden ab _____
Monat/Jahr

Persönliche Daten:

Name _____

Vorname _____ Titel _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Land (nur bei Wohnsitz im Ausland) _____

Telefon (privat/dienstlich) _____

E-Mail _____

Geburtsdatum _____ Krankenkasse _____

Nationalität _____

Geschlecht weiblich männlich

Beschäftigungsdaten:

- Arbeiter/in Angestellte/r
 Beamter/in DO-Angestellte/r
 Selbstständige/r freie/r Mitarbeiter/in

- Vollzeit
 Teilzeit _____ Anzahl Wochenstd.
 Arbeitslos
 Wehr-/Zivildienst bis _____
 Azubi – Volontär/in – Referendar/in bis _____
 Schüler/in – Student/in bis _____
 Praktikant/in bis _____
 Altersteilzeit bis _____
 Sonstiges _____

Beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ _____ Ort _____

Personalnummer _____

Branche _____ ausgeübte Tätigkeit _____

Ich bin Meister/in – Techniker/in – Ingenieur/in

Ich war Mitglied der Gewerkschaft _____

von: _____ bis: _____
Monat/Jahr Monat/Jahr

Werber/in:

Name _____

Vorname _____

Mitgliedsnummer _____

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft, den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren bzw. im Gehalts-/Lohnabzug
 monatlich vierteljährlich
 halbjährlich jährlich einzuziehen.
 Name des Geldinstituts, in Filiale _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Name des Kontoinhabers _____

Datum / Unterschrift des Kontoinhabers _____

Tarifvertrag _____

Tarifliche Lohn- bzw. Gehaltsgruppe lt. Tarifvertrag _____

Tätigkeits-/Berufsjahr _____

Bruttoeinkommen _____

Euro _____

Monatsbeitrag

Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 Prozent des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruheändler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5 Prozent des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt 2,50 Euro monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfempfänger/innen beträgt der Beitrag 2,50 Euro monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Datum _____ Unterschrift _____

Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedsverhältnisses und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.



Übernahme heißt Zukunft gestalten!



ver.di-Jugend kämpft
für Übernahme

Für die ver.di-Jugendgruppe in der Berliner Steuerverwaltung hat die Übernahme der AnwärterInnen nach ihrer Ausbildung seit Jahren höchste Priorität. Das ist auch in diesem Jahr nicht anders. In 2008 hatte die Senatsverwaltung für Finanzen den ohnehin schmalen Einstellungskorridor nicht ausgeschöpft und nur 72 statt der möglichen 100 AnwärterInnen übernommen. Auch für 2009 hat der Berliner Senat einen Einstellungskorridor von 100 beschlossen. Der muss jetzt auch ausgeschöpft werden, denn in den Finanzämtern werden die jungen, gut ausgebildeten BeamtInnen dringend gebraucht. Der Altersdurchschnitt liegt bereits heute bei 47 Jahren und wird ohne ausreichende Übernahmen weiter steigen.

In diesem Herbst sollten 50 SteueranwärterInnen und 100 FinanzanwärterInnen ihre Ausbildung beginnen. Nach Abschluss der Einstellungsgespräche stand jedoch fest: Nur 39 geeignete BewerberInnen blieben für den mittleren Dienst übrig und erfahrungsgemäß werden auch davon bis zum Ausbildungsbeginn noch welche abspringen. Mehr als 20 % der Ausbildungs-

plätze im mittleren Dienst werden also nicht besetzt. Das ist ein politischer Skandal, der nicht an der mangelnden Attraktivität der Ausbildung liegen dürfte, sondern mit der viel zu späten Ausschreibung der Ausbildungsplätze in unserer Verwaltung zusammenhängt. Immer wieder hat ver.di gefordert, früher mit dem Auswahlverfahren zu beginnen und immer wieder hieß es, Finanzsenator Sarrazin sei nicht dazu bereit. Jetzt hat ein neuer Finanzsenator die Verantwortung. Wir erwarten von ihm, künftig für ein frühzeitiges Auswahlverfahren zu sorgen, um auch die besten BewerberInnen für unsere Verwaltung zu bekommen. Außerdem müssen angesichts der katastrophalen Situation im mittleren Dienst künftig deutlich mehr Ausbildungsplätze angeboten werden.

Am 16.6.09 hat die HJAV unter dem Motto „Übernahme heißt Zukunft gestalten!“ zu einer Kundgebung vor dem Roten Rathaus aufgerufen und die Übernahme der Auszubildenden im öffentlichen Dienst gefordert. Die ver.di-Jugendgruppe der Finanzämter hat sich an dieser Demonstration beteiligt.

ver.di-Beamtenkonferenz



Am 25. Mai 2009 hat ver.di eine Beamtenkonferenz in Berlin durchgeführt. Als Gäste nahmen der Senator für Inneres und Sport Dr. Ehrhart Körting und VertreterInnen aller im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien an einer Podiumsdiskussion teil. Die BeamtInnen in

ver.di forderten den Senat von Berlin und die Fraktionen unmissverständlich auf, das Tarifergebnis in Höhe von 65 € monatlich ab 1. Juni 2009 auf die BeamtInnen zu übertragen und die Besoldung der Berliner BeamtInnen an das Niveau der anderen Bundesländer anzupassen.

Der neue Senator ist gefordert

ver.di begrüßt neuen Finanzsenator



Der ver.di-Vorsitzende der Berliner Finanzämter Klaus-Dieter Gössel hat dem neuen Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum für sein neues Amt viel Erfolg gewünscht.

Senator Sarrazin hatte sich zum Ziel gesetzt, die Berliner Finanzämter mit nur noch 90 Prozent des Personalbedarfs lt. PersBB auszustatten. ver.di fordert, hier umzudenken und die Finanzämter endlich wieder ausreichend personell auszustatten, mindestens in Höhe des PersBB-Ergebnisses. Dafür ist es erforderlich, mehr Nachwuchskräfte einzustellen, auszubilden und zu übernehmen, denn erfahrene Steuerbeamtinnen und -beamte fallen nicht vom Himmel. In den letzten Jahren hat die Senatsverwaltung für Finanzen nicht einmal den engen Einstellungskorridor ausgeschöpft und so die Gleichmäßigkeit der Besteuerung in Berlin mehr und mehr aufs Spiel gesetzt. Das muss sich ändern, denn die gesundheitlichen Belastungen steigen stetig an und der Altersdurchschnitt in

den Finanzämtern liegt bereits heute bei rund 47 Jahren.

Parallel zum permanenten jährlichen Stellenabbau werden die Berliner Finanzämter umorganisiert. SenFin tut dabei so, als könnte der massive Stellenabbau mit der Organisationsform FA 2010 aufgefangen werden. Das ist ein Trugschluss. Die Folgen der Umorganisation werden die schlechte Personal- und Arbeitssituation noch weiter verschärfen. Bereits aus den Erfahrungen mit der EOSS-Umstellung hätte man diese Lehre ziehen können und müssen. Wer die Augen vor den Realitäten verschließt und die Ängste der Beschäftigten nicht wahrnimmt, spielt mit der Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen.

Zeichen von Wertschätzung sind in unserer Verwaltung nach wie vor Mangelware. Hier hat der neue Senator Gelegenheit, mit der Vergangenheit zu brechen und auf hämische Bemerkungen und verbale Entgleisungen der „Marke Sarrazin“ zu verzichten. Dabei darf es aber nicht bei freundlichen Worten bleiben, sondern es müssen auch Taten folgen. Die bestehenden Möglichkeiten müssen genutzt und Regelungen großzügig ausgelegt werden. Der öffentliche Dienst Berlins darf nicht weiterhin vom Senat so mies behandelt werden, wie dies in keinem anderen Bundesland der Fall ist. Andere „arme“ Länder wie das Saarland oder Bremen zeigen, dass es auch anders geht.

ver.di fordert endlich eine gerechte Bezahlung aller Beschäftigtengruppen und spürbare – auch finanzielle – Zeichen der Anerkennung für die erbrachten Leistungen.

Klaus Wilzer,
GPR-Vorsitzender, im Interview

vau: Berlin hat einen neuen Finanzsenator. Mit einem Wechsel sind immer viele Erwartungen und Hoffnungen verbunden. Welche Veränderungen sind zu erwarten?

Klaus Wilzer: *Mein erster Eindruck: Der Ton ist jetzt ein anderer. Ein respektvoller Umgang ist den Beschäftigten schon wichtig. Aber in der Sache müssen wir weiterhin mit harten Auseinandersetzungen rechnen.*

vau: Und die wären?

K.W.: *Wir stehen vor einer neuen Tarifrunde. Dabei muss etwas für die Kolleginnen und Kollegen rauspringen und auch die Beamtinnen und Beamten erwarten endlich die finanzielle Anerkennung ihrer Leistungen. Das wird nicht nur am Verhandlungstisch zu erreichen sein. Zum anderen sind weitere Stelleneinsparungen zu befürchten. Hier muss noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden, um ein Umdenken zu erreichen.*

Es müssen wieder mehr Anwärterinnen und Anwärter eingestellt werden, ganz besonders im mittleren Dienst. Die Einstellungen müssen früher im Jahr erfolgen, um die besten Bewerberinnen und Bewerber zu bekommen. Und es muss der Einstellungskorridor für die Übernahmen endlich voll ausgeschöpft werden.

vau: Die Finanzämter wurden 2008 durch die EOSS-Umstellung extrem belastet. Obwohl die Auswirkungen nach wie vor zu spüren sind, hat SenFin das nächste Großprojekt gestartet, das Finanzamt 2010. Ist auch hier ein Umdenken nötig?

K.W.: *Unsere Kolleginnen und Kollegen versuchen trotz aller Belastungen aus dem, was ihnen tagtäglich zugemutet wird, das Beste zu machen. Diese Bereitschaft auszunutzen und immer noch eins drauf zu setzen, ist eine Zumutung. Bisher wurde zu viel Gas gegeben, jetzt muss auch mal auf die Bremse getreten werden, um endlich wieder durchatmen zu können.*



Gut gelaufen

Ergebnisse des ver.di-Projektes vorgestellt



Im Gespräch:
Abteilungsleiter
SenFin Wilhelm Hennig
und Projektleiter
Michael Gumbel.

Am 13. Mai 2009 hatte der Vorsteher des Finanzamtes Mitte/Tiergarten, Konrad Werpuschinski, zur Vorstellung der Ergebnisse des ver.di-Projektes „Gender/Stress – Geschlechterrollen und psychische Belastungen in der Arbeitswelt“ eingeladen. Außer den Beschäftigten seines Finanzamtes folgten der Einladung auch der Abteilungsleiter der Abteilung III aus der Senatsverwaltung für Finanzen, Wilhelm Hennig, der Referatsleiter und Genderbeauftragte, Peter Skrodzki, weitere VertreterInnen der Senatsverwaltung für Finanzen, verschiedene VorsteherInnen, mehrere GesundheitskoordinatorInnen sowie zahlreiche Interessen- und GewerkschaftsvertreterInnen. Michael Gumbel von der Beratungsfirma Sujet, der dieses Projekt zusammen mit Sonja Nielbock und Annette Stöber seit 2007 begleitet hatte, stellte die Projektergebnisse ausführlich vor. Viele der interessierten TeilnehmerInnen baten um Veröffentlichung der Projektergebnisse, um auch in anderen Finanzämtern einen Nutzen daraus ziehen zu können. Dies erfolgte dann auch zeitnah am 19. Mai 2009 im AIS.

Anzeige

NÜRNBERGER Beamten
Versicherungen – Beamtendarlehen

Zinsen senken – befreit leben.

Sie zahlen hohe Darlehensraten? Dann lösen Sie den bestehenden Kredit einfach ab – mit dem NÜRNBERGER Beamtendarlehen und der DSL Bank.

Schon ab 5,88 %*!

*effektiver Jahreszins bei einer Laufzeit von 12 Jahren

So können Ihre Wünsche wahr werden.
Rufen Sie gleich an! Ihr Ansprechpartner
nimmt sich gern Zeit für Sie.

NÜRNBERGER Beamten
Lebensversicherung AG
Bezirksdirektion Berlin GA
Thomas Otto

Kurfürstendamm 40/41, 10719 Berlin
Tel. 030 88422-320, Fax 030 88422-350
thomas.otto@nuernberger.de
www.nuernberger.de

Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg

NÜRNBERGER 
VERSICHERUNGSGRUPPE



Anschluss halten

Berliner Beschäftigte dürfen nicht abgekoppelt werden

ver.di hat den Berliner Senat aufgefordert, für die Zeit ab 1. Januar 2010 bereits jetzt Tarifverhandlungen aufzunehmen, damit die Berliner Beschäftigten nicht weiter von der Einkommensentwicklung in Deutschland abgekoppelt bleiben.

Die Ausgangssituation dafür ist klar: Einerseits läuft der Anwendungs-Tarifvertrag zum 31. Dezember 2009 aus. Damit endet unwiderruflich die Absenkungsregelung aus dem Anwendungstarifvertrag! Durch die Absenkung ihrer Vergütung zwischen 8 % und 12 % und Umwandlung dieser Anteile in freie Zeit haben die ArbeitnehmerInnen seit 2003 jährlich 350 Mio. Euro für die Haushaltssituation in Berlin geopfert.

Andererseits wurden in der Zwischenzeit in den übrigen Bundesländern ein neues Tarifrecht und in diesem Rahmen auch Tariferhöhungen und Einmalzahlungen vereinbart, die komplett an den Beschäftigten in Berlin vorbeigegangen sind. Hier ist es in einer harten Tarifaus-einandersetzung nur gelungen, die Vergütungen vom 1. Juni 2009 an um 65,- Euro monatlich zu erhöhen.

Berlin hat inzwischen einen Rückstand auf das bundesweite Tarifniveau von ca. 6 Prozent. ver.di fordert deshalb nicht nur ein einheitliches Tarifrecht für Berlin, wie es auch in den anderen Bundesländern gilt, sondern auch die dynamische Einführung. Das heißt nichts anderes, als dass vom 1. Januar 2010 an auch in Berlin der TVöD oder TV-L mit allen bisherigen Erhöhungen gelten soll. Der Berliner Senat hat zwar erkennen lassen, dass auch er ein neues Tarifrecht einführen will, allerdings auf dem Einkommensniveau von 2006. Dazu ist ver.di nicht bereit. Mit uns wird es keine Rosinenpickerei geben. Ein neues Tarifrecht kann nur vereinbart werden, wenn auch über die Angleichung der Einkommen Einigkeit erzielt wird.

Mit dem Inkrafttreten eines neuen Tarifvertrages werden übrigens alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in neue Entgeltgruppen übergeleitet. Dabei ist sichergestellt, dass niemand weniger verdient als bisher.

Auch die Beamtinnen und Beamten haben finanzielle Opfer gebracht. Durch die drastische Kürzung des Weihnachtsgeldes und den völligen Wegfall des Urlaubsgeldes haben sich auch Ihre Bezüge spürbar verringert. Der Senat spart dadurch jährlich 150 Mio.



Euro. Mit dem Auslaufen der Absenkungsregelung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen auch die Kürzungen für die Beamtinnen und Beamten beendet werden. Und der Senat muss nun – wie von ver.di gefordert – die Erhöhung der monatlichen Vergütungen um 65,- Euro auf die Beamtinnen und Beamten übertragen.

Freiwillig wird uns der Senat keine Einkommenserhöhung geben. Auch diese Tarifrunde wird – wie bereits im letzten Jahr – auf der Straße entschieden. Das muss allen Kolleginnen und Kollegen klar sein. 2008 ist es uns gelungen, 10 000 und mehr Landesbeschäftigte für unsere Streiks, Demonstrationen und Proteste zu mobilisieren. Dahinter dürfen wir auch diesmal nicht zurückbleiben. Und auch für die Beamtinnen und Beamten gilt: Nur durch die Teilnahme möglichst vieler an Aktionen und Demonstrationen wird dem Senat klar gemacht werden können, wie ernst es uns ist. Nur so können wir ihn dazu bewegen, auf unsere Forderungen einzugehen.

ver.di-Demonstration auf der Oberbaumbrücke

Verwaltungsgericht hält Stellenpool für verfassungswidrig

ver.di fordert sofortigen Versetzungsstopp



Nachdem es der Gewerkschaft ver.di im letzten Jahr mit dem Argument der Verfassungswidrigkeit gelungen war, beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig erfolgreich gegen die Versetzung eines Beamten zum Berliner Stellenpool zu klagen, hält nunmehr auch das Verwaltungsgericht Berlin (VG Berlin) das Stellenpoolgesetz für verfassungswidrig.

Am 10. Juni 2009 hat das VG Berlin in zwei Fällen beschlossen, das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe anzurufen, um die Verfassungswidrigkeit des Berliner Stellenpoolgesetzes feststellen zu lassen.

Das VG Berlin schloss sich weitgehend der Begründung des Bundesverwaltungsgerichts in den Entscheidungen vom 18. 9.2008 an, wonach das Stellenpoolgesetz verfas-

sungswidrig ist. Aus der Sicht der 5. Kammer des VG Berlin verstößt das Stellenpoolgesetz gegen Artikel 33 Absatz 5 Grundgesetz und die daraus abgeleiteten Grundsätze des Berufsbeamtentums. Diese erfordern, dass bei Beamten jederzeit die sachliche Unabhängigkeit gewährleistet sein muss. Das ist beim Stellenpool jedoch nicht möglich, da dort weder Tätigkeiten für die zugewiesenen Personalüberhangkräfte bestehen noch eine organisatorische Eingliederung erfolgt.

Es bleibt nun zu hoffen, dass das Bundesverfassungsgericht die Auffassung der Verwaltungsgerichte schnell bestätigen wird, da es aus dem Berliner Senat bisher keine Anzeichen gibt, von der weiteren Anwendung des verfassungswidrigen Stellenpoolgesetzes Abstand zu nehmen.

ver.di fordert den Berliner Senat auf, keine weiteren Versetzungen in den Stellenpool vorzunehmen. Dies muss nach ver.di-Auffassung nicht nur für Beamtinnen und Beamte gelten, sondern im Sinne der Gleichbehandlung auch für Angestellte und Arbeiter.

Wir wünschen allen
Kolleginnen und
Kollegen erholsame
und sonnige
Urlaubstage!

Kein Verfall des Urlaubs bei Erkrankung

Mit Urteil vom 20. Januar 2009 (Az.: C – 350/06) hatte der Europäische Gerichtshof entschieden, dass es europäischem Recht widerspricht, wenn Urlaub verfallen soll, weil ein Arbeitnehmer am Ende des Übertragungszeitraumes des Folgejahres (30.4. bzw. 30.6. – § 47 Abs. 7 BAT/BAT-O) krank geschrieben war und deshalb daran gehindert war, den (restlichen) Jahresurlaub in Anspruch zu nehmen.

Inzwischen hat auch das Bundesarbeitsgericht (BAG) seine der europäischen Rechtslage zuwiderlaufende Rechtsprechung geändert (BAG vom 24.3.2009 – 9 AZR 983/07 –).

Dauert die Arbeitsunfähigkeit bis zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses fort, dann ist der Anspruch abzugelten.

Impressum

Eine Veröffentlichung der Vereinten
Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Bezirksverwaltung
Berlin, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin
Verantwortlich für den Inhalt: Antje Thomaß,
antje.thomass@verdi.de
Redaktion: Klaus-Dieter Gössel, Jörg Bewersdorf,
Daniela Ortman
Layout: Manfred Schultz
Herstellung: tableau GmbH
www.verdi.de
www.verdi.de/berlin/fachbereiche/fb_06
www.bb-verdi.de
www.seitenweise-verdi.de
www.vau-online.de
Leserbriefe an: info@vau-online.de